

antimilitaristische rundschau*

*Zusammengestellt von Christoph Marischka

Waffen verschollen

Bei einer Rechnungsprüfung in den USA wurde festgestellt, dass 14.030 Waffen, die an die irakischen Sicherheitskräfte geliefert werden sollten, im Irak abhanden kamen, darunter halbautomatische Pistolen, Maschinengewehre und Granatwerfer. Wer damit nun auf wen schießt wird jedoch unklar bleiben: Nur jede dreißigste Waffe, die offiziell in den Irak geliefert wird, ist registriert.

Keine intellektuelle Auseinandersetzung

„Wir geloben, zu morden, zu rauben, zu vergewaltigen“ stand auf einem Plakat, das AktivistInnen während eines Gelöbnisses der Bundeswehr in Köln vom Dom entrollten. Das Amtsgericht Köln konnte auch nach minutenlangen Ausführungen der Beschuldigten zur Umstrukturierung der Bundeswehr „keine intellektuelle Auseinandersetzung“ mit dem Inhalt ihrer Aktion erkennen und verurteilte sie wegen Beleidigung der Rekruten und Hausfriedensbruchs zu 60 Tagessätzen. Mit dem Vorwurf der Volksverhetzung scheiterte die Staatsanwaltschaft jedoch. Neben ihr saß, getarnt als Praktikantin, während der Verhandlung eine Prozessbeobachterin der Bundeswehr.

Paramilitarisierung Mexicos

Um gegen den Aufstand in Oaxaca vorzugehen, bauen Regierung und der abgesetzte Gouverneur Ulises Ruiz zunehmend paramilitärische Gruppen auf. Kleinere Gruppen bewaffneter Männer in zivil führen schon seit Wochen sporadische Angriffe auf die Barrikaden und Versammlungen durch und schießen wahllos in Menschenmengen. Ziel ist es offensichtlich, durch Terror die Bevölkerung einzuschüchtern und von der Unterstützung des Aufstands abzubringen. In Mexico City wie in Oaxaca gab es außerdem Brand- und Bomben-Anschläge, welche nach Angaben der Regierung von der APPO („Volksversammlung der Völker Oaxacas“) verübt wurden. Die APPO hingegen distanziert sich und glaubt, die Paramilitärs sollten mit diesen Anschlägen die Bewegung diskreditieren. Bei den jüngsten Angriffen auf die Stadt am 27.11. sollen fünf Menschen umgekommen und 20 durch Metallgeschosse verletzt worden sein. Über den Einsatz militärischer Gerätschaft-

ten wird berichtet. Über hundert namentlich bekannte Gefangene wurden in den abgelegenen Bundesstaat Nayarit verlegt.

Wer andern eine Festung gräbt...

Das unterirdische Fort Pannerden nahe der deutschen Grenze wurde nach seiner Aufgabe durch das Militär bereits im Jahr 2000 von AktivistInnen besetzt, die ein Museum einrichteten, Führungen organisierten und Umwelt-Projekte in der Umgebung durchführten. Die Verwaltung der anliegenden Gemeinde forderte sie jedoch im April 2006 dazu auf, das Fort zu räumen, da sie dort ein eigenes Museum und ein Restaurant einrichten wollte. In den Morgenstunden des 7.11.2006 rückte dann die Polizei in Begleitung von Spezialeinheiten und Militärpanzern an, dennoch dauerte die Räumung Tage, denn ein Fort mit Barrikaden, Zugbrücke, Graben und 126 Räumen ist nicht so leicht einzunehmen. Am 25.11. wurde das Fort von 80 „Kraakern“ erneut besetzt. Die Stadt kündigte wieder eine unmittelbare Räumung an, die Stimmung der Bevölkerung ist aber eindeutig gegen einen erneuten Militäreinsatz.

KSK macht Schlagzeilen

Die Einsätze des Kommando Spezialeinheiten sind bekanntlich grundsätzlich geheim. Manchmal dringt jedoch trotzdem etwas in die Schlagzeilen und dann meist nichts Gutes. Der Stern veröffentlichte Fotos eines Jeeps, der zur Truppe gehören soll und mit dem Emblem des Afrika-Korps der Wehrmacht besprüht war. Dieser Jeep samt Emblem soll auch im Stützpunkt im baden-württembergischen Calw und in Afghanistan gesichtet worden sein.

Der Staatssekretärs im Verteidigungsministerium Peter Wichert gab nach Angaben von n-tv zu, KSK-Soldaten wären zur „Wachverstärkung“ der US-Streitkräfte in afghanischen Gefangenenlagern beispielsweise auf den Wachtürmen eingesetzt worden, hätten an Streifengängen innerhalb des Lagers, in dem Murat Kurnaz aus Bremen widerrechtlich festgehalten wurde, teilgenommen und beim Transport von Gefangenen, die teilweise in Guantanamo landeten, geholfen. Am 15.11. starb ein Angehöriger des KSK bei Schießübungen mit scharfer Munition in Messtetten auf der schwäbischen Alb.

Landsleute nicht erkannt

Zu einem diplomatischen Eklat kam es zwischen Deutschland und dem Jemen. Grund: Angestellte der jemenitischen Botschaft erkannten Menschen nicht als Landsleute, die aus Deutschland in den Jemen rückgeführt werden sollten und verhinderten damit deren Abschiebung. Die deutsche Regierung hegte daraufhin den Verdacht, es handle sich um eine systematische Verweigerung und lies Telefongespräche aus der Botschaft abhören. Diese lieferten wohl ausreichende Beweise, um den Jemen unter Druck zu setzen, der mittlerweile die betroffenen Diplomaten aus Deutschland abzog.

Afghanistan statt ALG II

In Sachsen-Anhalt und Thüringen läuft bereits seit dem Frühjahr ein Projekt zur „Gewinnung arbeitsloser Jugendlicher als Soldat auf Zeit bei der Bundeswehr“. Insbesondere in Ostdeutschland besucht die Truppe Arbeitsagenturen und stellt sich in den Berufs-Informationszentren Jugendlichen vor. Man wolle den Jugendlichen Chancen bieten und strukturschwachen Regionen so helfen. Freilich geht es aber nicht nur um die Vergabe gut bezahlter Ausbildungsplätze, sondern auch um Nachschub für die Auslandseinsätze. In Grünau bei Berlin wurde am „Zentrum für Nachwuchsgewinnung Ost“ die Initiative „Arbeitgeber Bundeswehr“ gestartet, wo die Jugendlichen durch „zielgerichtetes Kompetenztraining“ ganz klar auf Auslandseinsätze vorbereitet werden. Insbesondere deshalb fällt die Resonanz bisher schlechter aus, als erwartet. In Afghanistan sind gegenwärtig über 200 Wehrdienstleistende im Einsatz.

In den USA melden sich immer mehr MigrantInnen zur Armee. Insbesondere nach Auslands- und Kampfeinsätzen können sie dadurch eine US-Staatsbürgerschaft erlangen, selbst wenn sie zuvor nicht einmal legal in den USA wohnhaft waren.



Herausgeber ist die Informationsstelle Militarisation (IMI) e.V.
Die Beiträge spiegeln nicht notwendigerweise die Auffassung der Informationsstelle wieder. Adresse: Hechinger Str. 203, 72072 Tübingen, www.imi-online.de, e-mail: imi@imi-online.de, Tel. 07071/49154